

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Laatzen

Antrag - öffentlich -

Beratungsfolge:

Drucksachen-Nr.: 126/2010

Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und
Feuerschutz

am 14.06.2010 TOP:

Verwaltungsausschuss

am 17.06.2010 TOP:

Rat der Stadt Laatzen

am 17.06.2010 TOP:

Raumordnungsverfahren zur 380 kV-Höchstspannungsverbindung Wahle- Mecklar; Wahrnehmung der städtischen Interessen - Antrag der SPD-Fraktion

Herrn Bürgermeister
Thomas Prinz
Marktplatz 13
30880 Laatzen

05.06.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte legen Sie den nachfolgenden Antrag den zuständigen Gremien zur Beratung
und Beschlussfassung vor:

Antrag:

Der Rat bittet die Verwaltung, in der Stellungnahme der Stadt im jetzt eröffneten
Raumordnungsverfahren zu einer 380KV-Trasse mit allem Nachdruck deutlich zu
machen, dass

- die Stadt eine Höchstspannungstrasse auf Laatzenener Gebiet entschieden
ablehnt
- oberirdische Höchstspannungstrassen generell als nicht mehr
genehmigungsfähig erachtet
- ggf. sich mit allen rechtlichen Mitteln gegen eine Trassenführung über
Laatzenener Gebiet wehren wird.

- 2 -

Begründung:

Als das Unternehmen EON Netz vor mehr als zwei Jahren zum ersten Mal seine Pläne für eine neue 380KV-Stromtrasse durch Niedersachsen veröffentlichte, regte sich überall sofort heftiger Widerstand von betroffenen Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern. Jetzt hat das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium leider doch dazu das Raumordnungsverfahren eröffnet. Vom 17. Juni an können alle Betroffenen ihre Stellungnahme abgeben. Es ist uns wichtig, dass die Verwaltung in der Laatzener Stellungnahme deutlich macht, dass die Stadt eine neue Trasse in Laatzten und anderswo ablehnt.

Oberirdische Höchstspannungsleitungen senken signifikant das optische Erscheinungsbild und die Attraktivität einer Stadt, mindern den Wert auch privater Grundstücke und Gebäude und erhöhen das Gesundheitsrisiko von Bürgerinnen und Bürgern. Das Mittel der Wahl sind daher Erdverkabelungen. Höchstspannungsleitungen mögen für die Unternehmen wirtschaftlicher sein – weil sie die Folgekosten auf die Allgemeinheit abwälzen! Dies ist auch volkswirtschaftlich nicht sinnvoll.

Für die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Laatzten

Gabriela Neumann-Köhler
Sprecherin für Stadtentwicklung, Feuerwehr und Umweltschutz